

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Wuppertal

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 21.01.2027, 11:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal A234, Eiland 2, 42103 Wuppertal**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Cronenberg, Blatt 6261,
BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Cronenberg, Flur 8, Flurstück 2725, Gebäude- und Freifläche,
Leierkotten 1, Größe: 1.183 m²

**Grundbuch von Cronenberg, Blatt 6261,
BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Cronenberg, Flur 8, Flurstück 2724, Verkehrsfläche, Morsbachtalstraße,
Größe: 31 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten:

Grundstück im Morsbachtal bebaut mit einem Ein- bis Zweifamilienhaus und einem Carport. Es handelt sich um ein historisch entstandenes Gebäudeensemble (ehem. Schleifkotten), das in den Jahren 2003-2006 saniert und modernisiert wurde, sich heute aber in einem vernachlässigten Gesamtzustand befindet. Das Objekt besteht aus vier Gebäudeteilen, von denen zwei infolge eines Brandes unbewohnbar sind, darunter eine Brandruine. Eine Innenbesichtigung der noch nutzbaren Gebäudeteile hat nicht stattgefunden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 30.12.2014 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

285.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.